

Niederschrift

über die 16. Sitzung des Sozialausschusses am 05.09.2024
(11. Wahlperiode)

Tagesordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	4
1 Einwohnerfragestunde	4
2 Bericht der Caritas zur Wohnungsnothilfe	4
3 Vorstellung der Ehrenamtskoordinatorin	5
4 Vorstellung Örtliche Planung Pflege des Rhein-Kreis Neuss Vorlage: FB22/0772/2024	5
5 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0771/2024	5
6 Anträge	6
6.1 SPD Antrag zur Caritas Wohnungsnothilfe Meerbusch Vorlage: FB22/0535/2024	6
6.2 SPD Antrag zum Qualitätssiegel Betreutes Wohnen Vorlage: FB22/0527/2024	6
6.3 SPD Antrag zur Einrichtung eines Inklusionsbeirates in der Stadt Meerbusch Vorlage: FB22/0528/2024	6
7 Anfragen	7
7.1 UWG Anfrage zur Verpflichtung von Asylbewerbern zu gemeinnütziger Arbeit Vorlage: FB22/0231/2024	7
8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	8
9 Termin der nächsten Sitzung: Donnerstag, den 14.11.2024	8
10 Verschiedenes	8

Sitzungsort: Dr. Franz-Schütz-Platz 1, 40667 Meerbusch-Büderich, Sitzungssaal

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:06 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

von der CDU-Fraktion

Herr Utkan Armutlu Vertretung für Frau Gabriele Pricken

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Markus Frank Ratsmitglied

Frau Nicole Joliet-Heising Ratsmitglied

Herr Jonas Kräling Ratsmitglied

Herr Wolfgang Schwenzer Sachkundiger Bürger

Herr Peter Vossen Sachkundiger Bürger

von der SPD-Fraktion

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Niklas Geppert Sachkundiger Bürger Vertretung für Frau Kirsten Danes

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Ann Luisa Kanders

Frau Annette Wilhelmus Sachkundige Bürgerin Vertretung für Frau Aliina Housden

von der Fraktion GRÜN-alternativ

Herr Guido Fliege Ratsmitglied

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Nüsret Seval Sachkundige Bürgerin

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Simons Behindertenbeauftragter

Frau Heike Gabernig Evangelische Kirchengemeinde

von der Verwaltung

Herr Peter Annacker Dezernent

Frau Beatrix Dreyer Fachbereich 22

Frau Michaela Kümmel Fachbereich 22

Schriftführerin

Frau Verena Nicolas Fachbereich 22

es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Frau Gabriele Pricken

Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Frau Kirsten Danes

Ratsmitglied

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Aliina Housden

Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

Beratende Mitglieder

Herr Oswald Hepner

Seniorenbeirat

von der Verwaltung

Frau Anja Flintrop

Fachbereich 22

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, die anwesenden Gäste und Ausschussmitglieder.

Der Ausschussvorsitzende, Herr Focken, stellt die fristgerechte sowie ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Ergänzungen zur Tagesordnung bestehen nicht.

Öffentliche Sitzung

1 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

2 Bericht der Caritas zur Wohnungsnothilfe

Herr Jünger, Prokurist der CaritasSozialdienste Rhein-Kreis Neuss, und Frau Arns, Mitarbeiterin der Wohnungsnothilfe, stellen eine Präsentation vor.

Ratsfrau Niegeloh erkundigt sich, welche Rolle Mieterhöhungen bei drohender Wohnungslosigkeit spielen und ob ein Austausch mit der Schuldnerberatung erfolgen würde.

Herr Jünger antwortet, dass die Wohnungsnothilfe über ein großes Netzwerk verfüge und die Hintergrundproblematiken meist so komplex seien, dass das gesamte soziale Netz benötigt werde.

Ratsherr Bertholdt gibt an, dass bei 189 betreuten Haushalten im Jahr entsprechend ein Haushalt pro Arbeitstag, also 8-9 Stunden, betreut werden könne und eine halben Stelle daher nicht ausreichend sei. Zudem möchte er wissen, wo nach Wohnraum gesucht werde.

Herr Jünger gibt an, dass die meisten Klienten weit mehr als ein Gespräch benötigen würden, bis eine Wohnung gefunden werde.

Frau Krups ergänzt, dass manche Langzeitklienten über Jahre betreut werden würden. Generell würde auch außerhalb des Stadtgebietes Meerbusch nach Wohnraum gesucht werden, die Klienten müssten jedoch selbst offen für die Erweiterung des Suchgebietes sein. Dies belegten die Zahlen über die Vermittlung von Wohnungssuchenden außerhalb von Meerbusch.

Ratsherr Fliege fragt, wie viele Menschen innerhalb des Meerbuscher Stadtgebietes in Wohnraum vermittelt werden könnten und ob bezüglich der ISF-Mittel kein Weiterbewilligungsantrag erfolgt sei. Herr Jünger berichtet, dass 20% der Klienten außerhalb von Meerbusch vermittelt werden könnten. Die ISF-Mittel würden weiter beantragt, jedoch müssten die Arbeitsstellen der Mitarbeiterinnen der Wohnungsnothilfe abgesichert werden. Da der Weiterbewilligungsantrag möglicherweise nicht positiv entschieden wird, sei die Zukunft aktuell sehr unklar.

Ratsherr Bertholdt ergänzt, dass die ISF-Mittel zum Ende des Jahres 2025 auslaufen würden und daher erst für das Jahr 2026 haushaltsrelevant seien. Es sei jedoch ein steigender Beratungsbedarf erkennbar, welcher bereits für das Jahr 2025 haushaltsrelevant sei. Der große Vorteil der Caritas sei zudem deren großes Netzwerk.

Dezernent Annacker gibt an, dass es den MitarbeiterInnen der Wohnungsnothilfe Sicherheit geben würde, sofern eine Garantie ausgesprochen werde, dass die Kosten für die halbe Stelle bei Wegfall der ISF-Mittel von der Stadt Meerbusch getragen würden.

3 Vorstellung der Ehrenamtskoordinatorin

Frau Brigitte Oltmanns stellt sich als neue Netzwerkkoordinatorin Ehrenamt vor.

4 Vorstellung Örtliche Planung Pflege des Rhein-Kreis Neuss Vorlage: FB22/0772/2024

Dezernent Annacker stellt die Informationsvorlage vor. Er ergänzt, dass die Anzahl der Pflegeplätze nur ein theoretisches Konzept sei, solange nicht genug Fachpersonal für die Betreuung aller Pflegeplätze vorhanden sei. Es sei auch hier zu betonen, wie wichtig die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für diesen Personenkreis sei.

Ratsfrau Niegeloh sagt, dass nur die Anzahl der Betten, ohne Prüfung der Belegbarkeit, ausgewiesen würden.

Dezernent Annacker bestätigt, dass es sich um einen prognostizierten Bedarf handele und der Grund für die nicht belegten Betten unberücksichtigt bliebe.

Ratsherr Fliege fragt, ob eine Meldung von Personalmangel erfolgen würde.

Dezernent Annacker führt aus, dass der Aufsichtsbehörde die Zahlen der belegten Betten bekannt seien und dementsprechend der Personalschlüssel ermittelt werde. Die Zahlen seien demnach durchaus bekannt. Er betont, dass die Einrichtungen auch aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten kein Interesse an leeren Betten hätten.

5 Aktueller Sachstand Zuwanderung Vorlage: FB22/0771/2024

Dezernent Annacker stellt die Informationsvorlage vor. Er ergänzt, dass auf der Insterburger Straße das Gelände bereits eingefriedet und eine Containeranlage aufgestellt worden sei. Bis Ende September 2024 soll der Aufbau abgeschlossen sein und anschließend erfolge die Beprobung des Trinkwassers, welche erfahrungsgemäß einige Wochen in Anspruch nehme. Zudem könne aufgrund der zu erwartenden Zuweisungen die Turnhalle am Neusser Feldweg aktuell noch nicht aufgegeben werden.

Die sachkundige Bürgerin Frau Seval erkundigt sich, welche neun Personen im Hülsenbuschweg ohne Asylbewerberstatus untergebracht seien.

Frau Dreyer erklärt, dass z.B. deutsche Kinder darunterfallen würden.

Frau Seval fragt, wie Personen, die keinen Geflüchtetenstatus erhalten, behandelt würden.

Frau Dreyer führt aus, dass Personen aus gesicherten Herkunftsländern innerhalb von 6 Monaten zurückzuführen seien. Sofern keine Rückführung in diesem Zeitraum erfolge, hätten Sie einen Anspruch auf ein Verfahren in Deutschland.

Der sachkundige Bürger Herr Geppert ergänzt, dass Personen aus sicheren Herkunftsstaaten einen Anspruch auf eine Einzelfallbeurteilung hätten. Er fragt weiterhin, wie die Lebensbedingungen und die Stimmung in den Unterkünften sich darstelle.

Dezernent Annacker antwortet, dass es aktuell zu Verdichtungen in den Unterkünften käme, die sozialpädagogische Betreuung und das Ehrenamt vor Ort jedoch gut aufgestellt seien.

6 Anträge

6.1 SPD Antrag zur Caritas Wohnungsnothilfe Meerbusch Vorlage: FB22/0535/2024

Beschluss:

Vertagt.

Einstimmig.

Ratsfrau Niegeloh beantragt die Vertagung des Antrages in die Haushaltsberatungen.

6.2 SPD Antrag zum Qualitätssiegel Betreutes Wohnen Vorlage: FB22/0527/2024

Beschluss:

Antrag zurückgezogen.

Ratsfrau Niegeloh stellt den Antrag der SPD vor.

Ratsherr Kräling fragt, ob es sich um ein verbreitetes Gütesiegel handle.

Dezernent Annacker erläutert, dass die Verwaltung dieses Gütesiegel nicht verlangen kann. In NRW würde es 38 Einrichtungen geben, die seit 2012 das Siegel in Anspruch genommen hätten. Im Jahr 2024 sei insgesamt eine Einrichtung mit dem Gütesiegel ausgezeichnet worden. Auf Anfrage der Stadtverwaltung hätten die örtlichen Träger ausgeführt, dass die Erfüllung der Anforderungen teilweise zu baulichen Veränderungen führen würden und dies insgesamt zu teuer sei.

Ratsfrau Niegeloh zieht den Antrag der SPD zurück.

6.3 SPD Antrag zur Einrichtung eines Inklusionsbeirates in der Stadt Meerbusch Vorlage: FB22/0528/2024

Beschluss:

Antrag zurückgezogen.

Ratsfrau Niegeloh stellt den Antrag der SPD vor.

Behindertenbeauftragter Herr Simons merkt an, dass laut Antrag das Ehrenamt des Behindertenbeauftragten durch die Einrichtung eines Inklusionsbeirates wegfallen und die entsprechende Arbeit der Verwaltung zu Last fallen würde.

Ratsherr Kräling erklärt, dass im Rahmen der Konsolidierung berücksichtigt werden müsse, dass ein neues Gremium auch Sitzungsgelder nach sich ziehen würde. Neben vermehrter Arbeit für die Verwaltung sehe die CDU auch die Entlassung des Behindertenbeauftragten und lehne daher den Antrag ab.

Ratsfrau Niegeloh gibt an, dass der Behindertenbeauftragte Teil des Inklusionsbeirates sein solle.

Ratsherr Berthold erklärt, die FDP habe Probleme mit dem Antrag. Zum einen sei es Aufgabe des Sozialausschusses, sich mit dem Thema Inklusion zu beschäftigen, des Weiteren sähe er ebenfalls eine Belastung des städtischen Haushaltes durch die Einrichtung eines weiteren Gremiums. Die FDP lehne den Antrag daher ab.

Dezernent Annacker erläutert, dass die Verwaltung gemeinsam mit der Hochschule für Polizei und Verwaltung ein Projekt mit dem Thema „Entwicklung einer Inklusionsstrategie für die Stadt Meerbusch“ plane. An diesem Projekt würden im Frühjahr 2025 voraussichtlich 10 Studierende 10 Wochen arbeiten.

Ausschussvorsitzender Focken sagt, Grundlage des Antrages seien die Ergebnisse des letzten Runden Tisches barrierefrei.

Ratsfrau Niegeloh ergänzt, dass die Aufgaben des Behindertenbeauftragten durch den Inklusionsbeirat erweitert werden würden. Da es sich um ein wichtiges Thema handle und die Ablehnung des Antrages verhindert werden solle, würde dieser zurückgezogen werden.

7 Anfragen

7.1 UWG Anfrage zur Verpflichtung von Asylbewerbern zu gemeinnütziger Arbeit Vorlage: FB22/0231/2024

Dezernent Annacker führt aus, dass die Motivation zu gemeinnütziger Arbeit sich schwierig gestalten, da der einzige Anreiz ein Lohn von 0,80 € pro Stunde darstelle. Es würden jedoch diesbezüglich Gespräche mit Meerbusch hilft über mögliche Beschäftigungsmodelle stattfinden. Meerbusch hilft arbeite jedoch nur auf freiwilliger Basis mit den Betroffenen, da dies Grundlage einer vertrauensvollen Zusammenarbeit sei. Die Stadt Dormagen hätte für die gemeinnützige Arbeit von Asylbewerbern einen eigenen Fachbereich geschaffen, in welchem fünf Sozialarbeiter tätig seien. Dies zeige, dass ein enormer Aufwand nötig sei zu dem vergleichbar geringen Nutzen für das Gemeinwesen. Auch sei es schwer, geeignete Aufgaben zu finden. Da die Unterkünfte strengen Hygienekonzepten unterlägen, die regelmäßig durch das Gesundheitsamt kontrolliert würden, müsse die Reinigung professionell erfolgen. Bei anderen Tätigkeiten sei eine kostenaufwändige Erstausrüstung mit Arbeitskleidung und –material notwendig, sowie zeitintensive Einführungen in die Tätigkeiten. Wichtig sei es, den Asylbewerbern eine Tagesstruktur zu geben, welche jedoch auch durch die Aktivitäten gegeben sei, die Meerbusch hilft anbiete. Eine Übersicht der Maßnahmen anderer Kommunen im Rhein-Kreis Neuss werde dem Protokoll der Sitzung beigefügt.

Die sachkundige Bürgerin Frau Seval führt aus, dass es eventuell Asylbewerber gäbe, die gerne arbeiten wollen würden.

Dezernent Annacker erwidert, dass Möglichkeiten zu gemeinnütziger Arbeit z.B. bei der Tafel, den Kirchen, Kleiderkammern etc. bestünden und diese Möglichkeiten auch durch die Ehrenamtler kommuniziert würden.

Ratsherr Fliege merkt an, dass laut Anfrage der UWG von „Verpflichtung“ zu gemeinnütziger Arbeit gesprochen werde und dies einen anderen Charakter darstelle als die Schaffung von Angeboten für gemeinnützige Arbeit für die Arbeitswilligen. Entsprechende Angebote seien wichtig, jedoch sei der Kostenfaktor im Rahmen der Konsolidierungsmaßnahmen im Auge zu behalten.

8 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Keine Wortmeldungen.

9 Termin der nächsten Sitzung: Donnerstag, den 14.11.2024

10 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Meerbusch, den 29. Oktober 2024

Hans Günter Focken
Ausschussvorsitzender

Schriftführer/in